Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstelle: Bocholt, Realschulstr. 14. Fernsprech-Sammel-Nr. 2054. — Rhede: Jos. Heinrichs. — Anholt: W. Woisting. — Werth: Th. Parras. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniedertöns. — Dingden: Willy Schmitz.
Organ der Zentrumspartei.

Postscheckkonto: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Postverlagsort: Bocholt.

Bezugspreise im Monat: Abgeholt von der Geschäftsstelle 2.—, ins Haus gebracht einschl. 35 Pfg. Botenlohn 2.35, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg., Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Zeno-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand ist für beide Teile Bocholt.

Nummer 287 | Sonntag, den 16. Oktober 1932 | Jahrgang 1932

Stegerwald über die politischen Hintergründe der letzten Jahre.

Rede auf dem Vestischen Parteitag.

× Buer, 15. Oktober.

Heute gab hier auf dem Parteitag der Vestischen Zentrumspartei Reichsminister a. D. Dr. Stegerwald klaren Aufschluß über die Hintergründe der deutschen Politik in den letzten Jahren und über den Sinn des gegenwärtigen Reichstagswahlkampfes; er führte u. a. aus:

Beim letzten Wahlkampf waren die Nationalsozialisten der Hauptgegner, weil sie die politische Macht allein an sich zu reißen suchten und wir in diesem Falle um einen Bürgerkrieg und um außen- und innenpolitische Experimente nicht herumgekommen wären. Diese Gefahr ist in den letzten Monaten gebannt worden.

Heute stehen wir einer Herrenkasten-Diktatur sehr viel näher als einer Hitler-Diktatur.

Bei diesem Wahlkampf gilt es daher, durchzusetzen, daß auch die Bäume des Herrn Hugenberg nicht in den Himmel wachsen.

Das Kabinett Brüning, das Ende März 1930 gebildet wurde, hat drei Auflagen mit auf den Weg bekommen:

1. Es sollte eine Regierung gebildet werden ohne Sozialdemokratie. Wenige Wochen vorher wurde der Youngplan angenommen. Man sagte sich, daß, wenn wir diesen einige Zeit erfüllen sollten, dies nicht möglich ein unverantwortliches Intriguenspiel ein mit dem Sozialdemokraten nicht machen, weil sonst ihre Massen ins kommunistische Lager abschwenken würden, was kein ernsthafter Politiker wünschen könne.

2. Schiele sollte als Ernährungsminister bestellt werden in der Meinung, daß er, der seither Vorsitzender des Reichslandbundes und Führer der grünen Front war, die Verbindungsbrücke zu der radikalisierten Landwirtschaft schlagen könne. Das ist bekanntlich Schiele ebenso wenig gelungen wie vorher Dietrich, und das wird auch dem gegenwärtigen Ernährungsminister von Braun nicht gelingen, weil eben der Rheinlandbund eine Interessen-Organisation ist, die an politischer Enge und Rücksichtslosigkeit nicht übertroffen werden kann. Mit ihr wird kein deutscher Ernährungsminister jemals zu Rande kommen.

3. Herr Treviranus sollte in das Kabinett aufgenommen werden in der Erwartung, daß er den Mittelpunkt abgebe für die nationale Jugend und für eine stärkere, konservative Gruppe, die in der Nachkriegszeit nicht mehr vorhanden war.

Die Bildung und Konstruktion des Kabinetts Brüning hatte zweifellos einen großen staatspolitischen Sinn. Dieses Kabinett erhielt aber von vornherein seine Bruchstelle dadurch, daß Schiele und Treviranus von rechts nicht soviel mitbrachten, als zu einer parlamentarischen Mehrheit ohne Sozialdemokratie erforderlich war. So kam es dann zur Reichstagsauflösung vom Juli 1930, die einen großen Wahlsieg der Nationalsozialisten brachte. Und nun standen der Reichspräsident und jede Regierung, die verfassungsmäßig regieren wollte, vor zwei Möglichkeiten: entweder die Bildung einer Regierung, die von links toleriert wurde, oder aber die Bildung einer Rechtsregierung mit Beteiligung der Nationalsozialisten. Brüning wählte mit Billigung des Reichspräsidenten den ersteren Weg, und zwar in der Hauptsache aus außen- und währungspolitischen Gründen. Bei Beteiligung der Nationalsozialisten an der Reichsregierung im Herbst 1930 wären die Amerikaner bestimmt nicht zur Aufrollung der Reparationsfrage, wie es durch den Hoover-Plan im Juni 1931 geschehen ist, nicht zu bewegen gewesen. Gelegentlich der Septemberwahlen hatten wir 10 Milliarden Mk. kurzfristige Auslandsschulden. An den ersten 14 Tagen nach der Wahl sind rund 2 Milliarden Mark aus Deutschland zurückgezogen worden. Wenn während einer solchen internationalen Panikstimmung die Nationalsozialisten zur Regierung herangezogen worden wären, würden auch die restlichen kurzfristigen Auslandsguthaben aus Deutschland zurückgezogen worden sein. Das hätte in der damaligen Zeit den deutschen Staatsbankrott und den Bankrott der deutschen Privatwirtschaft bedeutet. Inzwischen sind wir durch langsam abtastende und mühselige Stillhalte-Abkommen um diese Katastrophe herumgekommen.

Es kam das Wahljahr 1932. Brüning hat allmählich eine andere Weltatmosphäre gegenüber Deutschland geschaffen. Er wollte die heranreifenden außenpolitischen Erfolge mit Sicherheit in die deutsche Scheune gebracht und sie nicht durch unreife innenpolitische Umgestaltungen gestört wissen. Es kam die preußische Landtagswahl vom 24. April, die den Nationalsozialisten erneut einen großen Wahlsieg gebracht hat. Nun setzten starke Kräfte bei dem Herrn Reichspräsidenten ein mit dem Hinweis, Deutschland habe nur noch die Wahl, entweder die Nationalsozialisten zu einer Regierungspartei zu machen oder aber den Staat in kurzer Zeit einer Parteiregierung zu überantworten. Die gleichen Kräfte arbeiteten ständig mit dem Hinweis, Brüning sabotiere jede Möglichkeit zu einer Rechtsregierung. Er tue somit das Entgegengesetzte von dem, wozu er vor zwei Jahren vom Herrn Reichspräsidenten berufen worden sei. In Wirklichkeit wollte Brüning die deutsche Politik im Jahre 1932 in folgender Reihenfolge und nach folgenden Gesichtspunkten geordnet wissen:

1. Ende Mai sollte in Preußen ein parteipolitisch neutraler, rechtsgerichteter, aber verfassungstreuer Ministerpräsident gewählt werden; Nationalsozialisten und Zentrum waren sich darüber einig. Dann setzte ein unverantwortlich Intriguenspiel ein mit dem Hinweis, daß die Uhr Brünings ohnehin abgelaufen sei und daß daher in der nächsten Zeit um größere Dinge gewürfelt werde. Damit sind die Nationalsozialisten ebenso wieder von der Bereitwilligkeit, einen rechtsgerichteten, neutralen preußischen Ministerpräsidenten zu wählen, heruntergebracht worden, wie sie im Januar 1932 von Hugenberg von der Bereitwilligkeit heruntergebracht worden sind, die Amtsperiode des Herrn Reichspräsidenten durch Reichstagsbeschluß zu verlängern.

2. Nach der preußischen Landtagswahl sollten im Mai noch einige Notverordnungen erlassen werden, die eigentlich schon ab 1. April mit Beginn des Etatsjahres fällig waren, um sowohl gegenüber der Lausanner Konferenz als auch gegenüber dem kommenden Winter ausreichend gerüstet zu sein. Der Herr Reichspräsident wollte aber unter Brüning keine Notverordnungen mehr erlassen wissen.

3. Lausanne sollte die endgültige Regelung der Reparationsfrage bringen.

4. Nach Lausanne war Brüning wieder jederzeit entschlossen, allerdings ohne seine Mitwirkung, die Bahn für eine verfassungsmäßige Rechtsregierung freizugeben. Als Reichskanzler, dem man den Erlaß neuer Notverordnungen als Rüstzeug von Lausanne und für den Winter verwehren wollte und den man in den maßgebendsten Kreisen als erledigten Mann hinstellte, also mit gebrochenem Rücken, wollte Brüning freilich nicht nach Lausanne gehen.

Und welchen Weg ist unterdessen von Papen gegangen? Er hat Notverordnungen, die der Reichspräsident von Hindenburg unter Brüning nicht mehr wollte, in viel größerem und schlimmerem Ausmaße erlassen, als es die frühere Regierung jemals in Aussicht genommen hatte; er hat den Reichstag zweimal aufgelöst; er ist in Lausanne der Gegenseite weiter entgegengekommen, als die alte Regierung willens war, und hat trotzdem erzielt, daß

seit Lausanne die deutsche Außenpolitik eine Niederlage nach der anderen erlitten hat und Deutschland in der Welt immer mehr isoliert worden ist;

er hat eine Wirtschaftspolitik eingeleitet, die voller innerer Widersprüche ist, von der eine Maßnahme die andere totschlägt und die bewirkt, daß Deutschland seinen letzten Freund in der Welt verliert, ohne daß damit den Kreisen, denen er helfen wollte, in Wahrheit wesentlich geholfen wird; die Regierung von Papen wollte unabhängig von den Parteien sein; in Wirklichkeit ist sie stärker denn je unter den Druck einzelner Interessentengruppen geraten, in Wirklichkeit betreibt sie ebenso deutschnationale Außen-, Wirtschafts- und Personalpolitik, wie vor dem Kriege volks- und weltfremde, ostelbische Politik betrieben worden ist.

Stegerwald behandelte sodann die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung von Papen, die die Zentrumspartei zum Teil billige, zum Teil ablehne und sagte dazu u. a.:

Die Regierung von Papen hat die Steuerscheine einseitig auf die Trumpfkarte „Wirtschaftsumschwung" gesetzt. Wenn aber diese Trumpfkarte nicht sticht, dann stehen wir in ganz kurzer Zeit vor einer Finanzkatastrophe ungeheuerlichsten Ausmaßes. Darum muß alles Menschenmögliche geschehen, daß die Trumpfkarte „Wirtschaftsumschwung" sticht

Die Regierung von Papen hat aber das dafür Menschenmögliche nicht getan. Es liegen im Gegenteil eine Reihe großer außen- und innenpolitischer Fehler vor, die geeignet sind, zu verhindern, daß die Karte Wirtschaftsumschwung sticht. Und dagegen kämpfen wir an. Wir sind auch für eine Reihe weiterer Einzelmaßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. Aber darüber muß man sich klar sein, daß weder diese Einzelmaßnahmen, noch die Steuerscheine allein aus der deutschen Wirtschaftsnot durchschlagend herauszuführen vermögen.

Voraussetzung dafür sind die großen, entscheidenden Fragen der Außen- und Innenpolitik, ist eine wieder stark mit den breiten Volksschichten vertrauensvoll verbundene Regierung, die Beruhigung und Stabilität verbürgt und sich das Vertrauen aller Gutgesinnten im In- und Auslande erwirbt.

Wir wollen größtmöglichste Entfaltung der heimischen, produktiven Wirtschaftskräfte und eine ebenso zielbewußte Wirtschaftspolitik, die Deutschland baldigst und wirksamst wieder eingliedert in den internationalen Kapital- und Warenverkehr. Auf diesem Wege war die frühere Regierung. Nachdem das endgültige Nein in der Reparationsfrage ausgesprochen war, wurde die ganze Innen- und Außenpolitik auf die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz eingestellt, auf welcher die Gläubigerstaaten mit Deutschland zu konkreten Ergebnissen kommen sollten. Die Einengungen im Gold- und Devisenverkehr müssen beseitigt, es muß wieder möglichst bald ein ungehinderter Warenverkehr unter den verschiedenen Nationen hergestellt werden. Das ist das, was die Zentrumspartei wirtschaftspolitisch will. Das ist auch der Hintergrund, weswegen die Zentrumspartei nach dem 13. August, nachdem sich die Verhandlungen zwischen Papen und Hitler zerschlagen hatten, sich zu Besprechungen mit den Nationalsozialisten eingelassen hat.

Nach dem 13. August, nach dem die Verhandlungen zwischen von Papen und Hitler gescheitert waren, gab es noch drei Möglichkeiten: Reichstagsauflösung, Papen-Diktatur oder holprige Notlösung. Das Zentrum hat in der holprigen Notlösung das kleinere Uebel gesehen, weil dabei Staat und Wirtschaft nichts passieren konnte, denn Reichspräsident, Reichswehr, Zentrumspartei und der gemäßigte Flügel der Nationalsozialisten waren zusammen sehr viel stärker als der ungezügelte nationalsozialistische Flügel.

Die Zentrumspartei, so schloß Stegerwald, steht in dem 6. November nicht das Ende, sondern den Anfang neuer, großer Schwierigkeiten. Auch nachher gibt es zwischen Papen-Hugenberg und den Nationalsozialisten kaum eine Möglichkeit, zusammenzukommen. Die Frage nach dem Sinn der jetzigen Reichstagswahl spitzt sich also so zu: War die Reichstagswahl staatspolitisch notwendig, um, wie man sich in Regierungskreisen ausdrückt, den Nationalsozialisten das Rückgrat zu brechen, oder waren die Nationalsozialisten nach alledem, was sich im letzten Jahre abgespielt hat, bereits vor der letzten Reichstagsauflösung soweit, um in eine geordnete Staatsführung eingegliedert zu werden. Die Zentrumspartei ist der letzteren Meinung und hat zudem Anhaltspunkte dafür, daß hinter der Regierung Papen sehr starke Kräfte stehen, die absichtlich am 6. November einen noch arbeitsunfähigeren Reichstag als den vom 31. Juli wünschen als Wegbereiter zu einer Kastendiktatur. Das ist der Hintergrund, weswegen sich die Zentrumspartei nach dem 13. August zu Verhandlungen mit den Nationalsozialisten eingelassen hatte.

Der Herbst der Wahlen.

Reichstagswahlen in Deutschland, Senatswahlen in Frankreich, Präsidentenwahlen in Amerika.

Das Jahr 1932 ist ein Wahljahr sondergleichen. Den Rekord in ihm schlägt Deutschland. Zwei Wahlgänge zur Präsidentenwahl, Wahlen zu fast allen Landesparlamenten, dann die Reichstagswahl vom 31. Juli, und schon wieder befinden wir uns im Wahlkampf, um am 6. November erneut zu versuchen, den Willen des deutschen Volkes durch die Wahl eines Reichstags zum Ausdruck zu bringen, von dem der verfassungstreue Staatsbürger erwarten muß, daß er sich zur Mehrheitsbildung fähig erweist und an die Stelle der „unabhängigen Staatsführung" eine Regierung bringt, die wieder parlamentarischer Kontrolle untersteht und für ihre Gesetzgebungsakte wieder die Mitwirkung des Parlamentes bekommt.

Nichts liegt uns ferner als die Wiederkehr eines Parteienregiments zu wünschen, wie wir es vor Brüning gehabt haben. Wir haben es nie daran fehlen lassen, unsere Abneigung gegen solch ein System, das dem Sinn der Reichsverfassung nicht entspricht, zum Ausdruck zu bringen. Wenn aber heute die Deutschnationalen in dieser Hinsicht in größtem Abscheu machen, dann muß doch daran erinnert werden, daß keine Partei so stark dagegen gesündigt hat, was sie heute bekämpft, wie gerade die Deutschnationale Volkspartei. Oder kann es eine stärkere Einmischung in die Regierungsbildung und damit in die Exekutive geben als diejenige, die bei der Bildung des letzten Kabinetts Marx die deutschnationale Reichstagsfraktion unternommen hat, indem sie dem Reichskanzler die Männer, denen er Ministerposten übertragen sollte, durch geheime Wahl innerhalb der Fraktion feststellte und ihm als Bedingung für ihre Unterstützung präsentierte? Wird nach Wortlaut und Sinn der Reichsverfassung bei der Regierungsbildung verfahren, dann kann keine Rede von Parteienwirtschaft sein, wenigstens nicht in dem verächtlichen Sinne, der heute in dieses Wort gelegt wird. Ohne Rücksicht auf die Parteien, in denen doch der Wille des Volkes zum Ausdruck kommt, hat auch im alten Obrigkeitsstaat keine Regierung, obwohl sie durch kein Mißtrauensvotum des Reichstags gestürzt werden konnte, ihre Aufgabe erfüllen können. Jedes Gesetz bedurfte der Zustimmung des Reichstags, und schon deshalb mußte jeder Reichskanzler von Bismarck bis Hertling, dem letzten Kanzler des Obrigkeitsstaates, darauf Bedacht nehmen, daß ihm eine Parteienmehrheit im Parlament zur Verfügung stand. Freilich hätten sich notfalls damals die Reichskanzler eine Zeitlang auch gegen den Reichstag behaupten können. Aber schon wenn der nächste Etat unter Dach und Fach gebracht werden mußte, wäre der unabweisbare Zwang gekommen, eine Uebereinstimmung zwischen Regierung und Reichstag herbeizuführen. Also eine in Wahrheit unabhängige Staatsführung hat es auch im Deutschen Reich zur kaiserlichen Zeit nicht gegeben. Die unabhängige Staatsführung war das Charakteristikum des Absolutismus. Dann hat es in Preußen sie noch einmal in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, in der sogenannten Konfliktszeit, gegeben. Aber sobald nach Königgrätz sich ein Umschwung in der politischen Meinung des Volkes zeigte, hat Bismarck nicht gezögert, den verfassungsrechtlichen Zustand wieder herbeizuführen, der die Beteiligung der Volksvertretung an der Legislative erforderte.

Die staatsrechtliche Entwicklung läßt sich heute bestimmt nicht soweit wieder zurückschrauben, daß eine unabhängige Staatsführung in Deutschland möglich wäre. Reichskanzler von Papen operiert da mit einem Schlagwort, hinter dem keine Realität steckt, wenn nicht Reichstag auf Reichstag, jedesmal wieder aus einem anderen Grunde, aufgelöst werden soll. Das ist theoretisch gewiß nach der Verfassung möglich, aber praktisch läßt sich dieses Gesellschaftsspiel der Wilhelmstraße nicht bis zu den griechischen Kalenden wiederholen. Eine Reichsregierung, die nicht das Vertrauen des Reichstags hat, ist auf längere Dauer eine Unmöglichkeit. Darüber ist sich übrigens auch Herr von Papen durchaus im Klaren. Man erlebt ja, wie er in seinen Reden an „die lieben Landsleute" um eine parlamentarische Mehrheit im Volke wirbt. Er wird sie allerdings nicht bekommen. Davon sind wir überzeugt. Aber das Heil des deutschen Volkes hängt ja nicht von Franz von Papen ab. Wohl aber hängt es davon ab, daß im deutschen Volke nach den von wirtschaftlicher Mißstimmung im höchsten Grade beeinflußten Wahlen des 31. Juli sich der Wille nach einem allen sozialistischen und radikalen Experimenten ebenso wie diktatorischen Neigungen rechtsgerichteter Politiker abholden Parlament durchsetzt, nach einem Parlament, in seiner Mehrheit zusammengesetzt aus Parteien, die arbeitswillig und verantwortungsbereit sind, innerhalb der von der Reichsverfassung gesteckten Grenzen dem Wohle des deutschen Volkes dienliche Arbeit zu leisten, die bereit sind, einer Regierung, die das Vertrauen des Reichspräsidenten hat und allerdings, der sie auch selber Vertrauen schenken können, die notwendige Unterstützung nicht nur von einem Tag zum andern, sondern auf längere Zeit zu gewähren.

Der Reichspräsident ernennt nach der Verfassung den Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister, aber Reichskanzler und Reichsminister müssen aus der Zahl der für die Verwaltung dieser hohen Aemter befähigten Männer so ausgesucht werden, daß sie zusammen als Kabinett darauf rechnen können, im Reichstag eine Mehrheit zu finden. Das ist eine Forderung, von der ohne Verfassungsbruch nicht abgegangen werden kann. Kommt aber eine solche Regierung zustande, spricht eine Reichstagsmehrheit ihr das Vertrauen aus, dann muß ihr auch fair play zur Arbeit gegeben werden, dann muß durch Selbstdisziplin dieser Reichstagsmehrheit verhindert werden, daß ein aus nichtigen Gründen eingebrachtes Mißtrauensvotum alsbald schon wieder Ansätze zu einer stabilen Regierung vernichtet. Diese Möglichkeit herbeizuführen, das ist die Aufgabe und Pflicht der Wählerschaft am 6. November.

In drei Wochen ist dieser Tag da. Der eigentliche Wahlkampf setzt jetzt ein. Der Reichskanzler hat ihn durch seine Münchener Rede eröffnet und wird ihn für sich und seine auf verfassungsmäßigem Wege freilich kaum erreichbaren Ziele in Reden in Paderborn und Dortmund fortsetzen. Das Zentrum hat sich im Gegensatz zu den anderen Parteien bisher zurückgehalten. Aber am Montag nachmittag wird in Münster das Signal zum Vormarsch gegeben. Dieses Signal wird weit vernehmlich sein, und das Zentrumsvolk wird ihm, des sind wir sicher, mit dem gewohnten Elan Folge leisten, der noch immer dafür gesorgt hat, daß keine feindliche Batterie dem Zentrumsturm etwas anhaben konnte. Wie es am 31. Juli war, so soll, so muß und so wird es auch am 6. November werden. Es wird um des deutschen Volkes Zukunft eine große Schlacht geschlagen, in der das Zentrum siegreich den Frontalschnitt behaupten wird, der ihm durch die Geschichte zugewiesen ist.

★

Den deutschen Wahlen voran gehen am heutigen Sonntag Wahlen in Frankreich, und zwar die ordentlichen Neuwahlen für ein Drittel des französischen Senats. Im Gegensatz zu der Kammer, deren sämtliche Mitglieder an demselben Tage nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht gewählt werden, besteht für den Senat das indirekte Wahlrecht. Die Senatoren, deren Mandat neun Jahre dauert, werden nicht sämtlich zu gleicher Zeit gewählt, sondern alle drei Jahre wird ein Drittel des Senats erneuert, und zwar in alphabetischer Anordnung der Départements, die Senatoren in das Luxembourg-Palais entsenden. Zum letzten Male wurden im Oktober 1929 die Senatoren der Départements Ain bis Gard gewählt; jetzt müssen die Wahlmänner in den Départements Haute-Garonne bis Oise zu den Urnen schreiten, außerdem jene des Wahlkreises Constantine in Algier und der Kolonie Martinique. Im ganzen sind hundertelf Senatoren zu wählen. Die Zahl der Wähler ist verhältnismäßig klein; sie schwankt zwischen sechshundert und fünfzehnhundert in den am dichtesten bevölkerten Départements, wie z. B. Nord. Wähler sind die Abgeordneten jedes Départements, die General- und Arrondissementsräte und eine gewisse Anzahl von Vertretern der größeren Stadtgemeinden.

Die diesjährigen Senatswahlen werden politisch höchste Bedeutung haben. Denn zum ersten Male nach dem überragenden Siege der Linksparteien bei den Kammerwahlen werden Frankreichs Wähler wenigstens in einem Drittel des Landes sich zu äußern haben, ob sie der Politik des Kabinetts Herriot ihre Zustimmung geben. In Regierungskreisen ist man überzeugt, daß der Wahlerfolg der radikalsozialistischen Partei, der Herriot und die meisten Mitglieder seines Kabinetts angehören, überaus groß sein werde. Im allgemeinen sind bei Senatswahlen größere Umwälzungen niemals zu verzeichnen. Der Senat, der das konservative Element in der französischen Gesetzgebung darstellt, dankt

sein Dasein einer konservativen Wählerschaft, die sich meistens selbst treu bleibt und Veränderungen in der Wahl ihrer Mandatare in der Regel bloß aus persönlichen Gründen vornimmt. Der Tod eines Senators beispielsweise kann Gelegenheit geben, daß ein der Rechten gehöriges Mandat der Linken zufällt, wenn der Kandidat der Linksparteien besonderes Ansehen in seinem Département genießt. Seit dem Bestehen des Senats in seiner jetzigen Form, in dem es nicht, wie unmittelbar nach Einführung der dritten französischen Republik lebenslänglich ernannte Mitglieder, sondern ausschließlich gewählte gibt, kann aber im allgemeinen festgestellt werden, daß Senatoren, die sich einer Wiederwahl nach neun Jahren Mandatsdauer unterziehen müssen, ihres Wahlerfolges meistens sicher sein können. Die konservative Gesinnung der Senatswahlmänner geht vielfach sogar so weit, daß anstelle eines verstorbenen Senators dessen Sohn aufgestellt und gewählt wird.

Diesmal glaubt man, daß größere Verschiebungen zu verzeichnen sein werden, daß die Demokratische Linke des Senats, die der radikalsozialistischen Partei in der Kammer entspricht, weitreichende Erfolge davontragen werde. Von hundertelf Senatssitzen, die neu vergeben werden sollen, gehörten bisher achtundvierzig dieser Demokratischen Linken an, achtundzwanzig der Union Républicaine, die eine Art Zentrum darstellt, und der u. a. der Senator Raymond Poincaré angehört, dreizehn der Union Démocratique et Radicale, elf der Gauche Républicaine, die ihren Namen zu Unrecht führt, weil ihre Mitglieder auf der Rechten sitzen; dazu kommen fünf Konservative der äußersten Rechten, zwei Sozialisten und vier Parteilose. Neu besetzt werden muß auch das Senatsmandat Albert Lebruns, das dieser in dem Augenblick, als er zum Präsidenten der Republik gewählt wurde, niederlegen mußte. Von den Mitgliedern des Kabinetts Herriot müssen sich Kriegsminister Paul-Boncour und Ackerbauminister Abel Gardey einer Neuwahl unterziehen. Eine Reihe früherer Minister, von denen einige dem Kabinett Tardieu angehört hatten, müssen ebenfalls um ihre Mandate kämpfen.

Die Senatswahlen müssen an ein und demselben Tage erledigt werden. Bei den ersten zwei Wahlgängen muß die absolute Mehrheit erreicht werden, damit eine Wahl für gültig erklärt werden kann; im dritten Wahlgang genügt die relative Mehrheit. In einzelnen Départements, besonders Haute-Garonne und Isère, kam es bereits seit mehreren Wochen zu lebhaften Auseinandersetzungen wegen der Kandidatenaufstellung. In diesen Départements wünschen die Radikalsozialisten, daß schon im ersten Wahlgange eine Liste aufgestellt werde, auf der Radikalsozialisten neben Sozialisten Aufnahme finden sollten, um auf diese Weise den Bestand eines Einheitsblocks der Linksparteien zu bekunden. Diese Auffassung wurde aber von der radikalsozialistischen Parteileitung heftig bekämpft, die verlangte, daß im ersten Wahlgange jede Partei ihre eigenen Kandidaten aufstellen und erst im zweiten Wahlgang Wahlbündnisse eingegangen werden sollten. Ohne solche würde es, wenn die Linksparteien günstig abschneiden wollen, in den meisten Fällen nicht abgehen. Nur wird es vielfach von lokalen Verhältnissen abhängen, ob sich im zweiten Wahlgang Radikalsozialisten mit den Sozialisten oder mit weiter rechts stehenden Gruppen verbünden werden.

Besonderes Interesse fordert das Maas-Département. Hier ist Poincaré neben zwei anderen bisherigen Senatoren Kandidat. Es wurde beschlossen, eine Einheitsliste zu bilden, um dem übrigen Frankreich ein Beispiel der „Nationalen Einigkeit" zu geben. Gegen diese lehnen sich merkwürdigerweise nicht nur die Radikalsozialisten des Maasdépartements auf, sondern auch die Rechtsparteien. Alle stimmen dafür, daß Poincaré von sämtlichen Parteien gewählt werde, daß aber um die übrigen zwei Mandate ein Kampf geführt werden solle, weil das an Deutschlands Grenze gelegene Département offen aussprechen solle, ob es durch Senatoren der Linken oder der Rechten vertreten sein wolle. In einer größeren Reihe von Départements treten Mitglieder der Kammer in den Wettbewerb. Sie wünschen, im Senat Aufnahme zu finden, weil sie dadurch während neun Jahre ihrer Mandate sicher wären, während sie, wenn sie Abgeordnete bleiben wollten, innerhalb dieser Frist sich zweimal Neuwahlen unterziehen müßten.

Es wäre verfrüht, irgendwelche Vorhersagen über den Ausgang der Senatswahlen zu machen. Es wird sich zeigen, ob die radikalsozialistischen Hoffnungen und Wünsche der Wirklichkeit entsprechen. Soviel kann man aber feststellen, daß die Sozialisten ihren Mandatsbesitz im Senat verstärken dürften.

*

Zwei Tage nach den deutschen Reichstagswahlen werden die Bürger des zur Zeit mächtigsten Landes der Welt ihr Oberhaupt wählen, das Staatsoberhaupt mit der größten Machtfülle unter allen seinen Kollegen in der Welt. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man im Hinblick auf seine staatsrechtliche Stellung den Präsidenten der USA den mächtigsten Mann der Welt nennt: Er ist nur sich selbst verantwortlich, er braucht sein Kabinett keiner parlamentarischen Vertretung zu präsentieren, er kann jeden Beschluß des Parlamentes durch sein Veto inhibieren, es sei denn, daß der Kongreß durch zweimalige Beschlußfassung über denselben Gegenstand die strittige Sache gegen das Veto des Präsidenten durchsetzt, und — vor allen Dingen — er erfreut sich des Gewohnheitsrechtes, bei seinem Amtsantritt die gesamten maßgebenden Posten in der Exekutive und in der Legislative mit seinen Freunden neu besetzen zu können. Vor allen Dingen dieser letzte Umstand kennzeichnet die Macht eines Präsidenten der Vereinigten Staaten, kennzeichnet zugleich aber auch die ungeheure Bedeutung der amerikanischen Präsidentschaftswahlen für das gesamte öffentliche Leben, ja, für jeden einzelnen Staatsbürger. Es ist kein Mißbrauch — man empfindet es wenigstens nicht als solchen, wenn der neugewählte Präsident unverzüglich die wichtigsten Posten mit den Männern seines Vertrauens besetzt. Es gibt in Amerika keinen traditionell gefestigten Begriff des Beamtentums. Man hat seine Chance als Beamter, man verliert diese Chance, wenn ein Mann von der Gegenpartei Präsident wird, man hat also seine Chance auszunutzen. Das ist die nüchterne, smarte Ideologie des amerikanischen Beamten. Sie erklärt die allermeisten jener peinlichen Betriebsunfälle, die die amerikanische Beamtenschaft und Verwaltung in den letzten Jahren zu verzeichnen gehabt hat und die sich von den Polizeikommissariaten bis hinauf an die Türen des Weißen Hauses erstreckten . . .

Wer wird nun diesmal, am 8. November, der mächtigste Mann der Welt? Als Ende September die Wahlen im Staate Maine den Demokraten einen völlig überraschenden Sieg schenkten, wurde zum ersten Mal, allerdings auch gründlich, das Vertrauen der Freunde Hoovers, des Mannes der Republikaner, auf seine Wiederwahl erschüttert. Dann folgten die Enttäuschungen Schlag auf Schlag. Die berühmte, vor jeder Präsidentenwahl wiederkehrende Umfrage des „Literary Digest", das Unterhaltungsblatt des kleinen Mannes in Amerika, das 12 Millionen Leser zählt, ergab eine Ueberlegenheit des demokratischen Kandidaten Frank Roosevelt über Hoover um etwa 50 Prozent. Damit hatte die Stimme des Volkes gesprochen. Wer sich jetzt noch publizistisch und ohne feste parteiliche Bindung mit der Präsidentenwahl beschäftigt, verteidigt nicht mehr Hoovers Chancen, sondern versucht, wenn er Hoovers Freund ist, nur noch zu erklären, wie es so kam und warum es so kommen mußte. Hoover als letztes Opfer der USA, Hoover als Martyrer, Hoover als leidender Held des guten Willens . . . das sind so ungefähr die Schlagworte, auf Grund derer die Freunde Hoovers verhindern wollen, daß die Gegner mit dem „Präsidenten der Depression" gar zu scharf ins Gericht gegangen wird.

Und wirklich — was kann man ihm ernsthaft für Vorwürfe machen? Kein Zweifel, daß er bei all seinen Handlungen den gesunden Menschenverstand hat walten lassen und das Beste gewollt hat. Aber — und das dürfte sein Kardinalfehler sein — er hat nie die Entschlossenheit aufgebracht, zu Ende zu gehen. Er hat den Amerikanern die bitteren Medizinen und die peinlichen Wahrheiten, die er ihnen beibringen mußte, tropfenweise beigebracht, anstatt gleich die richtige, voll wirksame Dosis zu geben. Infolgedessen hat er einmal die gewünschte Wirkung bei keiner seiner Maßnahmen erreicht, ist andererseits in die Verlegenheit gekommen, dem Volke gerade in der kritischen Zeit vor den Wahlen weitere Tropfen bitterer Medizinen beibringen zu müssen. Zum Beispiel: Hätte Hoover im Juni 1931, als er die Welt mit seiner Botschaft vom Schuldenfeierjahr überraschte, den Mut gehabt, sofort aufs Ganze zu gehen, so hätte sich bestimmt ein beispielloser Entrüstungssturm in den USA erhoben. Allein eine geschickte Propaganda hätte zugleich das amerikanische Volk davon überzeugen können, daß dieser Gesamtverzicht auf Reparationen und Kriegsschulden das kleinere Uebel sei gegenüber den Verlusten, die man aus der weltwirtschaftlichen Entwicklung bei Aufrechterhaltung der internationalen Schuldverhältnisse zu erwarten haben würde. Hoover ersparte den Amerikanern diese ganz große Ueberraschung . . ., die Folge ist, daß die Depression sich weiter verschärft hat, daß die in die Ankurbelungsaktion gesteckten riesigen Mittel, nicht weniger als zwei Milliarden Dollar, angesichts der Unsicherheit der Weltlage schon wieder zu versickern drohen und daß jener letzte große Entschluß den Amerikanern doch nicht erspart bleibt.

Dies ist das Musterbeispiel für die Charakterisierung der Fehler Hoovers; dasselbe gilt für seine Politik in der Zollfrage, in der Agrarfrage, in der Erwerbslosenfrage und in der Prohibitionsfrage. Man ist der Halbheiten, des allzu vorsichtigen Lavierens, der Kompromisse müde. Man will einen Mann, der den Mut zu großen Entschlüssen hat. Das scheint Frank Roosevelt zu sein, der Mann, dessen heiterer, aber eiserner Wille dem amerikanischen Bürger als Garant für die Ueberwindung der Depression gilt.

Fünftägiges Verbot der nationalsozialistischen Blätter im Rheinland.

:: **Berlin, 15. Oktober.**

Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Fuchs, hat die gesamte nationalsozialistische Presse auf die Dauer von fünf Tagen verboten, und zwar den „Westdeutschen Beobachter" in Köln, „Westdeutsches Grenzblatt" in Aachen, das „Bergische Kreisblatt", den „Oberbergischen Boten", die „Volkswacht für Süd- und Westerwald", die „Siegerländer Nationalzeitung", das „Koblenzer Nationalblatt", das „Trierer Nationalblatt" und die „Westwacht". Begründet wird dieses Verbot mit Verächtlichmachung der Reichsregierung.

Erklärungen zu Steuers Bericht im Klepper-Ausschuß.

Die „Germania" in eigener Sache.

:: **Berlin, 15. Oktober.**

Die „Germania" enthält in ihrer heutigen Ausgabe folgende Erklärung:

In den Berichten über die gestrige Sitzung des sogenannten Klepper-Untersuchungsausschusses wird von einigen Zeitungen behauptet, daß auch die „Germania" von der Preußenkasse Kredite empfangen bezw. in der Form einer Beteiligung von ihr finanzielle Unterstützung erfahren habe. Diese Behauptungen, für die der im Ausschuß erstattete Bericht über die Kreditgeschäfte der Preußenkasse nicht den geringsten Anhaltspunkt bietet, sind in jeder Beziehung völlig unzutreffend. Die „Germania" A.-G. hat zu der Preußenkasse weder direkt noch indirekt zu irgendeinem Zeitpunkt in finanziellen Beziehungen gestanden.

*

Erklärung der „Kölnischen Volkszeitung".

)(**Köln, 15. Oktober.**

Unter Bezugnahme auf die Verhandlungen im Klepper-Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages teilt die „Kölnische Volkszeitung" mit:

Seit einiger Zeit werden von bestimmten Seiten systematische Angriffe gegen die „Kölnische Volkszeitung" wegen angeblicher Subventionen gerichtet, die der Verlag der „Kölnischen Volkszeitung" von der preußischen Regierung erhalten haben soll. Am nächsten Dienstag wird im Untersuchungsausschuß des Landtages die Angelegenheit klargestellt. Der Verlag der „Kölnischen Volkszeitung" kann das Ergebnis in Ruhe abwarten.

*

Eine Erklärung Dr. Kleppers.

+ **Berlin, 15. Okt.**

Der frühere preußische Finanzminister Dr. Klepper gab einem Mitarbeiter der Korrespondenz „Hofrichter" u. a. folgende Erklärungen ab:

Zu dem Konto A kann ich feststellen, daß keine persönlichen Zuwendungen an irgendwelche Personen erfolgt sind. Ebenso ist für parteipolitische Zwecke kein Pfennig ausgegeben worden. Ueber die Gelder ist nach Maximen disponiert worden, wie sie jede Regierung von ihrem Standpunkt aus in solchen Fällen für staatspolitisch zweckdienlich hält.

Für den Fall der „Kölnischen Volkszeitung" gilt dasselbe.

Der Stadt Köln hat die Preußenkasse keinen Kredit gegeben. Sie hat nur der Dedi-Bank in Köln einen kurzfristigen Kredit über den Jahresultimo gewährt. Mit der weiteren Verwendung dieses Kredits hat die Preußenkasse gar nichts zu tun. Es handelt sich nur um ein kurzfristiges Geldgeschäft, wobei die Preußenkasse gar nicht weiß, ob es sich um einen neuen Kredit oder um die Umfinanzierung eines alten Kredits handelt. Es bestehen irgendwelche rechtlichen Beziehungen nur zwischen der Preußenkasse und der Deutschen Bank unter ausdrücklicher Vereinbarung, daß das Geschäft zwischen Preußenkasse und Deutscher Bank mit den Beziehungen zwischen Deutscher Bank und der Stadt Köln nichts zu tun habe.

Was den Fall Abegg betrifft, so ist die Deutsche Landmann-Bank ein ganz normales Bankgeschäft, zu dessen Geschäftsbereich auch die Gewährung von Beamtenkrediten gehörte. Der Staatssekretär Abegg war in Schwierigkeiten geraten, weil ein anderes Bankgeschäft seine Zahlungen einstellte und Abegg nun seinerseits ohne Rückgriffmöglichkeiten Zahlungen zu erfüllen hatt.

Was schließlich das „Magazin der Wirtschaft" angeht, so sind die von mir kontrollierten Banken ebenso betrogen worden wie andere Banken, z. B. die Dedi-Bank.

*

Prüfung durch die Staatsanwaltschaft

!! **Berlin, 15. Oktober.**

Zu dem gestrigen Beschluß des Untersuchungsausschusses des preußischen Landtages, die Einleitung eines Strafverfahrens gegen den früheren preußischen Finanzminister Dr. Klepper zu beantragen, wird von der Justizpressestelle mitgeteilt: Die Akten des Untersuchungsausschusses über die Vorgänge bei der Preußenkasse sind noch nicht bei der Staatsanwaltschaft I eingegangen. Bisher liegt eine Anzeige von dritter Seite vor. Die Staatsanwaltschaft ist zurzeit mit einer Prüfung der Angelegenheit beschäftigt.

Eine Erklärung des Landtagsabgeordneten Graf Galen.

Der Landtagsabgeordnete Graf Franz von Galen veröffentlicht folgende Erklärung:

Das Referat, das ich am 3. Oktober d. J. in einer Versammlung des Altwindthorstbundes in Münster gehalten habe, ist infolge irreführender Berichterstattung — teilweise sogar in der Zentrumspresse — in der Oeffentlichkeit vielfach mißdeutet worden. Tatsächlich habe ich lediglich als Grundlage für eine offene und vertrauensvolle Aussprache im Freundeskreis die derzeitige Lage möglichst objektiv nach drei Richtungen klarzustellen versucht, und zwar:

1. die politische Entwicklung seit dem Kanzlerwechsel;
2. die bisherige Einstellung der Zentrumspartei nach den Verlautbarungen maßgebender Persönlichkeiten und der Haltung der Parteipresse;
3. die Meinung der Zentrumswähler, insoweit sie mir bekanntgeworden ist.

Als meine eigene Meinung habe ich sodann folgende Auffassung vertreten: Trotz aller berechtigten Kritik an Einzelmaßnahmen der Reichsregierung sei es wohl doch nicht erforderlich, das von Hindenburg berufene Kabinett durch ein Mißtrauensvotum des Reichstags zum Rücktritt zu zwingen und ihm dadurch die Durchführung seines Programms auf verfassungsmäßigem Wege unmöglich zu machen. Vielmehr schien es mir — in Uebereinstimmung mit den Wünschen weiter Zentrumswählerkreise — erstrebenswert und ohne Preisgabe unserer Würde möglich, zu einer Verständigung mit Reichskanzler von Papen zu kommen, um in irgendeiner Form durch positive Mitarbeit unser staatspolitisches, wirtschaftspolitisches, sozialpolitisches und kulturpolitisches Wollen in die Staatsführung einzuschalten. Wenn das zu erreichen wäre, könnte es gelingen, neue verhängnisvolle Krisen zu vermeiden und das mit grundlegenden Forderungen des Zentrums übereinstimmende Bekenntnis der Regierung zum christlichen Staatsgedanken praktisch, insbesondere auch sozialpolitisch, zu unverfälschter Auswirkung zu bringen. Es könnte dann gelingen, in Uebereinstimmung mit dem Willen des Reichspräsidenten das Programm, welches er durch seine jetzige Regierung vertreten läßt, auch in seinen außenpolitischen, innerpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Zielsetzungen zu verbessern und zum Wohle, zur inneren und äußeren Befriedung unseres Vaterlandes durchzuführen. Ob das alles möglich ist, hängt in erster Linie von der weiteren Haltung der Reichsregierung selbst ab. Nur ihre Haltung und sachliche Arbeit, nicht Zu- oder Abneigung gegenüber Herrn von Papen und seinen Mitarbeitern dürfen für unsere Stellungnahme maßgebend sein.

Ich weiß, daß Gedanken, wie ich sie am 3. Oktober in Münster vorgetragen habe, von den Führern der Zentrumspartei sorgfältig geprüft und erwogen werden. Ich selbst kann mich heute der ernsten Befürchtung nicht verschließen, daß die unerläßlichen Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit mit dem Reichskabinett in seiner jetzigen Zusammensetzung für die Deutsche Zentrumspartei leider nicht gegeben sind.

Mit vollem Vertrauen bekenne ich mich zu der politischen Linie der an erster Stelle für die Haltung des Zentrums maßgebenden Herren Kaas, Joos und Brüning.

Möge unter ihrer bewährten Führung die gesamte Zentrumswählerschaft einig und geschlossen in den Wahlkampf ziehen!

Möge die Zentrumspartei so stark aus den Wahlen hervorgehen, daß sie nicht nur nach wie vor der unerschütterte Schutzwall für unsere heiligsten Interessen sei, sondern auch der Bahnbrecher notwendiger Reformen und eines nach den Grundsätzen des göttlichen Sittengesetzes geordneten Volkslebens!

Haus Merfeld, den 10. Oktober 1932!

Graf Franz von Galen, M. d. L.

Dr. Brüning im Wahlkampf.

¶ **Berlin, 15. Oktober.**

Wie wir hören, wird der frühere Reichskanzler Dr. Brüning im kommenden Wahlkampf am 19. Oktober in Köln, am 26. Oktober in Aachen, ferner am 28. Oktober in Mannheim, am 24. Oktober in Bingen, am 25. Oktober in Bamberg, am 30. Oktober in Hagen, am 31. Oktober in Recklinghausen, am 3. November in Breslau und am 4. November in Waldenburg sprechen.

Ein provisorischer Völkerbundskommissar in Danzig.

✓ **Genf, 15. Oktober.**

Der Völkerbundsrat hat heute vormittag den Vertreter der Abteilung für internationale Verwaltungsfragen im Völkerbundsrat, den Dänen Helmer Rosting, als provisorischen Völkerbundskommissar in Danzig bis zum 1. Dezember d. J. ernannt.

Der deutsche Vertreter, Gesandter v. Rosenberg, erklärte hierzu, daß die deutsche Regierung in Anbetracht der ausgezeichneten und allgemein anerkannten Eigenschaften Helmer Rosting seine Ernennung zum provisorischen Kommissar billige. Er bedauere jedoch, daß es nicht möglich gewesen sei, sofort einen endgültigen neuen Völkerbundskommissar zu ernennen, wie es die schwierige Lage in Danzig verlange. Er müsse darauf bestehen, daß alle Maßnahmen zur endgültigen Ernennung eines Völkerbundskommissars während der nächsten Ratstagung getroffen werden.

*

Kommunisten beschießen eine Prozession.

× **Granada, 14. Okt.** In Cogollos-Vega wurde ein Prozessionszug von Kommunisten beschossen. Prozessionsteilnehmer erwiderten das Feuer. Eine Person wurde getötet, mehrere erlitten Verletzungen. Die Zivilgarde stellte schließlich die Ordnung wieder her.

Eine furchtbare Tragödie in Essen.

Ein Lehrmädchen erschossen und aus dem Mansardenfenster geworfen. — Der Täter schießt sich in die Schläfe, stürzt sich nach und bleibt an der Dachrinne hängen.

× **Essen, 15. Oktober.**

In der Nacht zum Freitag spielte sich in Essen eine furchtbare Tragödie ab. Gegen 2 Uhr wurde die Nachbarschaft eines Kaffees in der Huyssenallee durch eine Schießerei im Schlaf gestört, ohne daß man Näheres ermitteln konnte. Erst jetzt wird zuverlässig bekannt, daß sich in dem Hause des Kaffees eine Tragödie abgespielt hat. Der 27 Jahre alte Sohn des Kaffeeinhabers Simann hat das 17jährige Lehrmädchen des väterlichen Geschäftes erschossen und dann aus dem Mansardenzimmer auf die Straße geworfen. Der Täter brachte sich dann einen Schuß in die Schläfe bei und sprang dann selbst aus dem Mansardenfenster. An Kleidungsstücken blieb er jedoch an der Dachrinne hängen. Er wurde aufgefunden, nachdem man auf der Straße den grausigen Fund gemacht hatte. Simann wurde schwer verletzt dem Krankenhause zugeführt.

Die Polizei teilt hierzu mit: Nach den bisherigen Ermittlungen hat das Paar im beiderseitigen Einverständnis den Tod gesucht. Es wird angenommen, daß die jungen Leute in die Dachrinne geklettert sind, wo dann der junge Mann das Mädchen zuerst erschoß und sich dann selbst einen Schuß in die Schläfe beibrachte. Wären die Schußverletzungen nicht tödlich gewesen, dann hätte der Sturz auf die Straße den Tod herbeiführen müssen. Diese Annahme traf wohl bei dem Mädchen zu. Der Mann blieb jedoch in der Dachrinne liegen, wo er aufgefunden wurde. Bei der Durchsuchung des Zimmers wurde noch Kleesalz gefunden, sodaß die Wahrscheinlichkeit besteht, daß die jungen Leute vorher auch noch Gift zu sich genommen haben. Der Mann ist inzwischen ebenfalls im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. Der Grund zu der Tat konnte noch nicht geklärt werden.

Der Amokläufer von Letmathe stellt sich der Polizei.

)(**Letmathe, 15. Oktober.**

Wie wir bereits in der Samstag-Ausgabe berichten konnten, richtete ein Amokläufer in Letmathe eine furchtbare Bluttat an. Auf Anfrage bei den polizeilichen Stellen erfahren wir noch: Karl Sommer geriet in der elterlichen Wohnung mit seinem Vater in Streit, in dessen Verlauf er diesen mit dem Messer niederstach. Karl Sommer stürzte auf die Straße, wo er den Sohn des Kohlenhändlers Ley und den Hugo Brandenburger traf, die zusammenstanden, um sich gegenseitig Feuer zu geben. Mit den Worten: „Was, ihr wollt spekulieren" drang er auf die beiden ein und brachte dem Hugo Brandenburger einen gefährlichen Stich bei. Brandenburger eilte davon und brach 80 m weiter in der Haustür von Jaspers zusammen und verschied infolge des tödlichen Stiches. Ley war in das Haus des Landwirts Hausemann gelaufen. Sommer kehrte nach diesem grauenvollen Blutbad in die elterliche Wohnung zurück. Die Frau des Hauswirtes wollte Sommer aufhalten, ihn in seine Wohnung holen und beruhigen. Sommer stach sofort auf die Frau des Hauswirts ein und traf zugleich auch den hinter der Frau stehenden Kaufmann Max Schroer, den Neffen der Frau.

Darauf eilte Sommer, ohne die Wohnung seiner Eltern wieder aufzusuchen, auf die Straße und begab sich nach Hagen, wo er sich noch in der Nacht der Hagener Polizei stellte. Die Hagener Polizei übergab ihn der zuständigen Iserlohner Staatsanwaltschaft.

Aus der Heimat.

Im Silberkranz.

h **Bocholt,** 16. Oktober. Am heutigen Tage begehen die Eheleute Johann Wenning und Frau Bernhardine geb. Wissing (Burggrafenstraße) das Fest ihrer silbernen Hochzeit. Dem Jubelpaar die herzlichsten Glückwünsche.

Gestern beging das Ehepaar Hermann Overdick (Anholter Straße 50) ebenfalls seine silberne Hochzeit. Am gleichen Tage feierte die Tochter ihre grüne Hochzeit. Dem Jubelpaar wie den jungen Eheleuten wünschen wir noch nachträglich alles Gute für die Zukunft.

Die Stadt braucht Geld.

a. **Bocholt,** 16. Oktober. Die Steuerpflichtigen werden nochmals an die Zahlung der im Monat Oktober fälligen Steuern und sonstigen Abgaben erinnert. Für alle nach dem Fälligkeitstermin gezahlten Beträge wird ein Verzugszuschlag von 1 Prozent für jeden angefangenen halben Monat erhoben. Näheres ist aus einer Bekanntmachung in der vorliegenden Nummer zu ersehen.

Evangelische Kirchensteuer.

a. **Bocholt,** 16. Oktober. Die zweite Rate der evangelischen Kirchensteuer ist fällig. Sie kann in der Zeit vom 18. bis 20. Oktober entrichtet werden. Näheres siehe Anzeige in der vorliegenden Nummer.

Zentrumsparteitag.

Abgeordneter Baumhoff (Hagen) spricht.

Am kommenden Freitag, dem 21. Oktober, findet nachmittags 3,30 Uhr, im kath. Arbeitervereinshaus St. Paulus zu Bocholt eine wichtige Tagung der Vorstandsmitglieder, Vertrauensleute und aller sonstigen Funktionäre aus dem Stadtkreis Bocholt und den Amtsbezirken Rhede, Dingden, Liedern-Werth und Anholt statt. Die Tagung ist sehr wichtig, sie dient der Vorbereitung und Aufklärung über die bevorstehende Reichstagswahl. Als Redner ist der Vizepräsident des Preußischen Landtages, Landtagsabgeordneter Baumhoff (Hagen) gewonnen. Schon jetzt sei auf diese Tagung aufmerksam gemacht mit der Bitte um einen recht zahlreichen Besuch.

Kirmes-Sonderfahrten.

v. **Bocholt,** 16. Oktober.

Auf Antrag des Verkehrsvereins hat die Reichsbahn für den Kirmessonntagabend folgende Verbindungen vorgesehen:

Nach Empel: Bocholt ab 22,20 Uhr (Sonderzug).
Nach Borken: Bocholt ab 22,18 Uhr
(Zug Bocholt ab 21,43 Uhr fährt nicht).
Nach Wesel: Bocholt ab 23,30 Uhr (Sonderzug).

Der Sonderzug nach Wesel fährt auch am Montagabend um 23,30 Uhr.

Die letzten Omnibusse fahren an beiden Tagen
nach Rhede: ab Markt 22,10 und 23,10 Uhr (nach Bedarf auch noch später),
nach Alten: ab Markt 22,50 und 23,50 Uhr (nach Bedarf auch noch später).

Die letzten Wagen nach Suderwick fahren am Sonntagabend ab Mittelstandshaus um 21,30 und 22,50 Uhr.

Den Wirten wird empfohlen, diese Abfahrtzeiten durch Anschläge ihren Gästen bekannt zu geben.

Wieder ein Einbruch.

Gestohlen wurde nichts.

§ **Bocholt,** 16. Oktober.

In der Nacht zum Samstag wurde abermals ein Einbruch verübt. Und zwar hatte man diesmal das Betten- und Konfektionsgeschäft Gerhard Pottmeyer am Gasthausplatz zum Schauplatz des unsauberen Handwerks ausersehen. Der oder die Diebe müssen von der Gartenseite her in den Hofraum gelangt sein. Hier bohrten sie mehrmals ein Fenster der Hinterfront an, bis es ihnen gelang, den Fensterriegel herunterzudrücken und so das Fenster von innen zu öffnen. Sie gelangten dann in den Laden und machten sich, wie aus hinterlassenen Spuren zu ersehen war, in der Abteilung für Herrenkonfektion zu schaffen. Vermutlich sind sie jedoch in ihrer Arbeit gestört worden; denn soweit festgestellt werden konnte, wurde nichts gestohlen.

500 Prozent Bürgersteuer.

a. **Bocholt,** 16. Oktober.

Nachdem die Rechnungskommission in ihrer Sitzung vom 13. ds. Mts. die Festsetzung der Bürgersteuer für 1933 auf das 5fache des Landessatzes abgelehnt hat, hat der Oberbürgermeister als Verwaltungsorgan auf Weisung der Reigerung die Bürgersteuer auf den obengenannten Satz von 500 Prozent festgesetzt. Bekanntlich war diese Maßnahme notwendig, weil sonst diejenigen Gemeinden, die nicht mindestens diesen Prozentsatz erheben, von der Reichshilfe zu den Wohlfahrtslasten ausgeschlossen werden.

Von der Gelderschen Tram.

m. **Bocholt,** 16. Oktober. Die Gemeindeverordneten von Alten haben beschlossen, der Geldersch-Westfälischen Trambahngesellschaft keinen Zuschuß mehr zu gewähren. Den gleichen Beschluß haben die Gemeindeverordneten von Wisch gefaßt. Auf diese Weise gerät die genannte Gesellschaft in eine schwierige Lage, da sie ohne die Zuschüsse kaum noch lebensfähig sein dürfte.

Kaninchendiebstahl.

§ **Bocholt,** 16. Oktober. In der Nacht zum Samstag wurde einer Arbeiterfamilie an der Windthorststraße ein etwa 16 Pfund schweres Kaninchen gestohlen. Der Dieb hatte es offenbar auf einen Kirmesbraten abgesehen, um den der Bestohlene nunmehr trauern wird.

Eberkörung.

a. **Bocholt,** 15. Oktober.

Auf der Körung am 4. Oktober sind Eber angekört worden bei den Landwirten Bernhard Hund (Liedern), Joh. Belting (Herzebocholt), Hermann Belting (Herzebocholt), Wilhelm Geven (Suderwick 132), Karl Sandberg (Stemern), Bernhard Stump (Hemden), Anton Perdun (Sport), Heinr. Sieverdingbeck (Dingden 21), Hermann Nienhaus (Dingden-Berg 21), Wilh. Bielefeld (Büngern 29), van der Linde (Krommert 21) und Wilhelm Beckmann (Bardingholt 34). — Zum Decken fremder Sauen, sei es gegen Bezahlung oder unentgeltlich, dürfen nur solche Eber verwendet werden, die nach vorangegangener Prüfung (Körung) für zulässig zur Zucht befunden worden sind. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Polizeiverordnung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Westfalen betr. die Eberkörung vom 30. 7. 1929 mit Geldstrafe bis zu 150 RM., an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haft tritt, bestraft.

Vereine und Veranstaltungen.

Kath. Gesellenverein. Morgen (Montag) abend 8 Uhr findet im Gesellenhaus ein Familienabend mit Tanz für Mitglieder und Ehrenmitglieder statt. — Am Mittwoch, dem 26. Oktober, spricht im Gesellenhaus Herr Aug. Winkler, Kandidat zum Reichstag, von der Zentrale in Köln.

Windthorstbund Bocholt. Am Mittwoch, dem 26. Oktober, findet im Gesellenhaus eine politische Jugendkundgebung statt. Der Windthorstbund ladet dazu alle Jungmänner und Jungmädchen ein. Die Kundgebung wird umrahmt von musikalischen Darbietungen. Bei dieser Kundgebung spricht als Vertreter der Jugend der Reichstagskandidat Aug. Winkler, Köln.

Kreuzbund. Am Kirmesmontagabend ist gemütliche Zusammenkunft bei Derksen-Telahr, Niederbruchstr. 22. Alle Mitglieder sind freundlichst dazu eingeladen. Jeder möge dort einmal den vorzüglichen in unserer eigenen Süßmostküche gewonnenen Apfelsüßmost probieren.

*

Beamtenversammlung.

Die dem Reichsverband der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen angeschlossene Ortsgruppe Bocholt für Bocholt und Umgegend hielt im Hotel Flügemann die fällige Vierteljahrsversammlung ab, die trotz des schlechten Wetters gut besucht war. Nach Eröffnung der Sitzung verbreitete sich der Vorsitzende Rall zunächst über die allgemeine Lage. An Hand von Unterlagen wies er nach, daß der Verband nicht müßig gewesen sei. Seine Entschließungen seien des öfteren bei der Reichsregierung von grundlegender Bedeutung gewesen, und man muß die Ueberzeugung gewinnen, daß das Wohl der Pensionäre sachlich und mit Nachdruck vertreten wird. Es befremdet immer noch, daß so viele Außenseiter sich von der wenig vornehmen Ansicht tragen lassen, daß sie an den erwirkten Vorteilen auch so beteiligt seien. Der Arbeiter denkt anders darüber, der weiß, daß der Kampf Geld kostet und er will die Kosten nicht auf eine kleine Gruppe abwälzen. — Der Verein zählt 88 Mitglieder (52 Pensionäre, 36 Witwen). Der Stand der Sterbekasse kann deshalb als günstig angesehen werden, weil sie im Jahre 1931 und 1932 nur vier mal in Anspruch zu nehmen war, während in den vier vorhergehenden Jahren 18 Sterbefälle zu decken waren. — Mit Rücksicht darauf, daß unter den Mitgliedern sich 28 Pensionäre im Alter von 71 bis über 80 Jahre befinden und rechnungsmäßig höhere Ausgaben bevorstehen werden, soll der Sterbekassenbeitrag, der auf 50 Pfg. vierteljährlich herabgesetzt war, vom 1. Januar 1933 wieder auf die alte Höhe von 1,— Mk. gebracht werden. Der Vorsitzende machte auf die äußerst wichtige Bestimmung aufmerksam, wonach in Sterbefällen die durch Notverordnung auferlegten Beiträge zur Zwangssparkasse zurückgezahlt werden. Mit diesbezüglichen Eingaben wird vorkommenden Falles der Vereinskassierer an Hand gehen. Um 6,30 Uhr wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Anholt

5. **„St. Franziskus": Ein Spiel der kath. Jugend Anholts.** Wir könnten auch sagen: Der Christusgedanke, der Grundgedanke der christlichen Religion auf der Bühne; verkörpert und dargestellt von dem wahrhaft international katholischen Heiligen allergrößten Stils: St. Franziskus. Darum paßt dieses Stück auch so gut zu unserem Sturmmonat, der ja nichts anderes bezweckt als die Christusidee mitten hineinzustellen in unsere Zeit, in unsere Gemeinde, in unsere Jugend. Und darüber hinaus: Der hl. Franziskus ist gerade die Verkörperung dessen, wonach der erste Staatsmann heute und der letzte Mann des Volkes so sehnsüchtig Ausschau hält: er ist der Mann des Friedens und der Liebe. Es ist schon so, wie der Engel im Vorspiel sagt: „Der Völkerfriede wird einzig auf diesem Weg gefunden. Doch wo Fürst Mammon herrscht und seine Brut, da sterben rings die Völker, da blüht das Chaos". Fürst Mammon, der Krieg, der Aufruhr, die Aufklärung, die Wohllust — das sind die symbolischen gottfeindlichen Weltmächte, die im Vorspiel auftreten; ihnen entgegen die Armut, der Engel. Dann rollt sich das Leben des Heiligen in einzelnen markanten Szenen vor unserem Auge ab. — Ueber dreißig Kostüme benötigte die Aufführung, auch an die Beleuchtung stellt das Stück die größten Anforderungen; wir hoffen, daß beides auf das beste geregelt ist. Das Menschenmögliche ist getan; möge nun auch ein starker Besuch dem Stück zum vollen Erfolge verhelfen, wie etwa vorigen Sonntag es bei der Kundgebung auf dem Markte war. Wir haben noch ein Uebriges getan. Ein Franziskanerpater ist für diesen Sonntag hier und wird uns seelisch einstimmen für das rechte Sehen und Hören und Miterleben dieses Werkes. Nicht um ein paar Stunden zu lachen und im Freudentaumel das Alltagsleid zu vergessen, rufen wir euch heute, sondern um das Heilmittel zu zeigen für alles Leid und Elend dieser Welt und unserer Zeit, um es herzhaft anzufassen und es innerlich überwinden zu lernen.

Dingden

b. **Aus der Zentrumspartei.** **Am kommenden Dienstag, dem 18. Oktober, findet abend 7 Uhr, in der Wirtschaft Kösters eine Versammlung des Vorstandes, der Vertrauensleute und aller Mitarbeiter der örtlichen Zentrumspartei statt. Die Versammlung ist sehr wichtig, sie dient der Vorbereitung und Aufklärung für die Reichstagswahl am 6. November. Parteisekretär van Dillen (Recklinghausen) wird sprechen über das Thema „Warum erneute Reichstagswahl?" Es wird erwartet, daß alle Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute anwesend sind. Auch sonstige interessierte Zentrumsfreunde werden um ihren Besuch gebeten. Die Vetrauensleute mögen außerdem in diesen Tagen bei den Zentrumsfamilien vorsprechen und einen Beitrag zur Begleichung der Wahlunkosten einsammeln.**

Rhede

!! **Arbeitsjubiläum.** Am morgigen Montag kann der Lagermeister Theodor Tushaus auf eine 40jährige Tätigkeit bei der Firma Gebr. Essing zurückblicken. Eine solch lange Dienstzeit ist gleich ehrenvoll für den Arbeitnehmer wie für den Arbeitgeber. Unsern herzlichsten Glückwunsch.

Altrhede

= **Versuchter Einbruch.** Bei dem Landwirt B. versuchten Diebe einzubrechen. Nachdem sie die Scheibe der Haustür mit einem Glasschneider zerschnitten hatten, wurden die Bewohner durch das Bellen des Hofhundes geweckt, so daß die Einbrecher verscheucht worden sind. Die Spur verlor sich in der Dunkelheit.

Vom Niederrhein.

Isselburg

t. **Diebstahl.** Ein junger Mann, der am vergangenen Sonntag sein Fahrrad in einem Hause untergestellt hatte und kurze Zeit sich entfernt hatte, mußte nachher zu seinem Erschrecken feststellen, daß sein Fahrrad fehlte. — Man glaubte, es mit einem schlechten Scherz zu tun zu haben, da das Rad aber trotz aller Nachforschungen nicht zu erlangen war, muß man annehmen, daß Langfinger es entführt haben. Obwohl fast täglich von Fahrraddiebstählen zu lesen ist, sieht man täglich unbeaufsichtigte Fahrräder ohne Verschluß an den Häusern stehen. Man macht es den Dieben wirklich leicht. Aber die Dummen und Leichtsinnigen werden nun einmal nicht alle.

r. **Die spiegelglatte Asphaltdecke** von Isselburg bis Empel ist fertiggestellt. Lange Zeit war diese Straße das Schmerzenskind aller Passanten. An ihrer Stelle ist eine moderne staubfreie Straße geschaffen. Hoffentlich hält sie dem Verkehr mit schweren Lastwagen stand. Fast will es nicht scheinen. In dem zuletzt eingewalzten Stück in Heelden hatte dieser Tage ein Wagenzug bedenkliche Furchen gezogen, so daß die Dampfwalze nochmals wieder in Tätigkeit treten mußte.

r. **Der Regen war Schuld.** Infolge Versagens des Scheibenwischers und der dadurch behinderten Sicht bei starkem Regen streifte in der Nähe der Wirtschaft Heidekrug ein Fordauto einen Baum, wobei das rechte Vorderrad hängen blieb und der Wagen in den angrenzenden Garten geschleudert wurde. Während die beiden Insassen mit dem Schrecken davon kamen, wurde das Fahrzeug arg in Mitleidenschaft gezogen und mußte abgeschleppt werden.

Wertherbruch

= **Endgültige Anstellung.** Der Schulvorstand beschloß in seiner letzten Sitzung, bei der Regierung zu beantragen, die Lehrerin Fräulein Schroeder endgültig anzustellen.

Millingen.

r. **Ein tödlicher Unglücksfall** ereignete sich hier. Der Rentner Johann Strickwald wurde von seinen Angehörigen im Stall leblos aufgefunden. Nach Feststellung des Arztes muß der Tod durch eine Schädelverletzung eingetreten sein. Wie das Unglück entstanden ist, läßt sich nicht feststellen. Das plötzliche Hinscheiden dieses aufrechten Mannes, der Mitglied des Kirchenvorstandes, früher auch Mitglied des Gemeinderates war und verschiedenen Ehrenämter bekleidete, weckt überall größtes Mitgefühl.

Aus dem benachbarten Holland.

Dinxperlo

m. **Der ehemalige Bürgermeister Bönhoff** ist in Tiel im Alter von 75 Jahren gestorben.

m. **Viehmarkt.** Auf dem monatlichen Viehmarkt waren nur 20 junge Schweine aufgetrieben, die zu 6 bis 8 Gulden verkauft wurden.

m. **Eine Fettsteuer.** Die Regierung hat eine Steuer auf alle Fettarten eingeführt, die als Lebensmittel verwendet werden.

m. **Die Milch wird teurer.** Der Milchpreis wurde von 8 auf 9 Zent erhöht.

m. **An Spargeldern** wurden beim Reichspostamt im September 1573,65 Gulden eingeliefert und 1169,26 Gulden zurückbezahlt.

m. **Verbilligte Kohlen.** Das Notstandskomitee hat beschlossen, für Personen mit geringem Einkommen verbilligte Kohlen zu liefern.

m. **Notierungen.** Der Schweinehandel hat sich etwas gebessert. Die Regierung kauft die Schweine, die 160 bis 200 Pfund wiegen, selbst zu einem Preise von 15 Zent pro Pfund an; später sollen auch fette Schweine angekauft werden. — Auf der wöchentlichen Eierversteigerung waren 96 000 Eier zum Verkauf gestellt; der Preis schwankte zwischen 3,50 und 4,60 Gulden pro 100 Stück; der Ladenpreis steht auf 41 Zent pro Pfund. — Der Butterpreis beträgt noch 1,75 Gulden pro Kilo.

Winterswijk

m. **Wiederaufnahme des Betriebes.** Die Exportschlächterei von Zwonenberg hat nach langer Zeit ihren Betrieb wieder aufgenommen. Zahlreiche Arbeiter haben damit wieder lohnende Beschäftigung gefunden.

m. **Vom Feuer vernichtet** wurde ein Wohnhaus, das an der Bocholter Chaussee gelegen war.

Varsseveld

m. **Schwere Strafe für einen Hühnerdieb.** Das Gericht in Arnheim hat einen hiesigen Arbeiter wegen Hühnerdiebstahls zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Neue Herbstmoden.

Die Bocholter Geschäftswelt ist gerüstet.

= **Bocholt,** 14. Oktober.

Herbst ist um uns! Draußen herrscht ungemütliches Wetter, man hustet, fröstelt und hat schon in den ersten Herbsttagen die traditionelle Erkältung weg. Daheim fühlt man sich aber auch dann erst wohl, wenn der Ofen seine Wärme spendet. Die Launenhaftigkeit des Wetters aber kostet Geld und heute heißt es sparen an allen Ecken und Enden. Der Sorgen kommen in den nächsten Wochen und Monaten noch genug. Die erste und wichtigste Sorge ist die Beschaffung der Herbstkleidung. Vater, Mutter, Sohn und Tochter sitzen jetzt abends beim Schein der Lampe beisammen und studieren eifrig die Modejournale der Bocholter Geschäfte. Es wird überlegt und gerechnet, ob es langt zum neuen Mantel für den Vater, ob die Mutter sich ein schickes Hütchen zulegen kann und schließlich melden sich die erwachsenen Kinder. Da muß Vaters Geldbeutel ordentlich herhalten, wenn jeder etwas haben soll. Doch es sieht alles nicht so schlimm aus, wie es beim ersten Blick in die Schaufenster erscheint. Man muß sich schon im Innern unserer Geschäftshäuser umsehen. Dann wird man sich überzeugen, wie gut und preiswert und vor allem den heutigen Zeitverhältnissen angepaßt, immer noch die einheimische Qualitätsware ist.

Zweifellos sind Modeschauen Feste der Damen. Aber auch ein Blick in die Schaufenster und schließlich eine zwanglose Ansicht der Waren bedeutet für sie eine große Freude und Annehmlichkeit, all die Neuheiten, die die Mode für Herbst und Winter bringt, zu bewundern. Was ist modern? Nicht alles für jede Dame, für jede Frau. Letztlich entscheidet immer noch der Geschmack und die unbedingt wichtige Frage: Kann ich das tragen? Kleidet mich diese oder jene Farbe? Man macht den Damen so gern den Vorwurf, daß sie so oft in den Spiegl sehen. Ist das wirklich so unnötig? Würde es manche Frau etwas öfter getan haben oder würde sie aus der ihr im Spiegel gegebenen Lehren die Konsequenzen ziehen, d. h. daß sie die entstellende Haartracht gegen eine gefälligere wechselte. Daß sie sähe, daß sie zu ihrem rostbraunen Haar unmöglich ein gleichfarbiges Kleid tragen darf. Daß sie mit rotem Haar sein muß. Daß es auf den Preis ihrer Garderobe viel weniger ankommt, als auf die Form und die Farbe. Wie kommt es, daß manches Mädchen im einfachen Nesselkleide besser aussieht, als die Dame des Hauses in Seide und Spitze? Weil die Dame sich nicht anzuziehen versteht! Daneben spielt die Geldfrage natürlich auch eine und wohl die wichtigste Rolle. Aber auch in dieser Hinsicht dürfen unsere Bürger beruhigt sein: der Bocholter Kaufmannsstand — welcher Branche er auch immer angehören mag — ist rührig und fortschrittlich auf der Seite, nur das Beste zu bieten, auf der anderen Seite, den Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen, so daß nach beiden Richtungen hin jeder befriedigt werden dürfte. — Doch:

Was lehrt uns die neue Herbstmode?

Der Anzug des Herrn.

Was trägt heute der Herr? Das ist eine wichtige Frage. Die Mode empfiehlt ihm für seine Herbst- und Wintersaccos „Grau und Gestreift!" Darin liegt zugleich begründet, daß in diesem Jahre die Mode besonders auf das Praktische Wert legt. Praktisch nur nicht in der Auswahl eines für viele Gelegenheiten zu tragenden Anzuges, sondern praktisch insofern, als er einen Stoff auslucht, der über die Tagesmode hinaus auch noch dem Geschmack der nächsten Jahre entsprechen muß. Für Anzüge sind am meisten vertreten ausgeschorene Kammgarne als das hauptsächlich zu verarbeitende Material. Die Farben sind grau, dunkelbraun und dunkelgrün, und ebenso zahlreich sind schwarzweiße Musterungen vertreten.

Der Paletot.

Der Paletot wird in ein- und zweireihiger Form getragen und hat in der Linienführung die gleiche Form wie der Sakko. Bei leichter Taillenform wird der einreihige Paletot mit steigender, bei loser Form mit fallender Klappe gearbeitet. — Der zweireihige Paletot wird gegenüber dem einreihigen Paletot gut tailliert. Bei dunklen Stoffen, die hauptsächlich für die Paletotart verarbeitet werden, wird der Samtkragen bevorzugt. Der zweireihige Paletot schließt auf drei Knöpfe und kann der obere Knopf offen getragen werden, da das Fasson etwas überrollend verarbeitet wird.

Der Sportanzug.

Die Form des Sportanzuges ist wie die des einreihigen Sakkos, nur wird er im ganzen fülliger und bequemer gearbeitet. Falten und Sattel fallen meist fort, lediglich aufgesetzte Taschen können den Sportanzug charakterisieren. Die Hose für den Sportanzug hat Knickerbockerform, die weit und lang verarbeitet wird

(Schluß folgt.)

Unkündbare, billige Darlehen nach Erfüllung eines Bausparvertrags durch die größte Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot Sitz Ludwigsburg

13 000 Eigenheime finanziert

Bezirksvertreter: H. Joh. Voß, Buer, de la Chevallerie-Str. 25.

Verantwortlich für den Zenoteil: Für Politik Chefredakteur Dr. Mayer für Feuilleton Peter Schaub, für Westdeutschland Georg Ling, für Handel und Sport Dr. jur. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. Münster und das Münsterland Dr. Fritz Stricker, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Häfner, Berlin-Lichterfelde, Parkstr. 7. Druck & Verlag Bocholt. Oertliche Schriftleitung Heinr. Schmitt, Bocholt für den örtlichen Anzeigenteil Heinz Hüser, Bocholt. Druck: „Zeno" G. m. b. H., Münster i. W.

Wir sind Betten-Fachleute

ausgesprochene Fachleute, mit den Erfahrungen von drei Generationen. Wir haben den Ehrgeiz, nur die besten und preiswertesten Betten zu liefern. Nach strengster Probe von uns persönlich ausgewählt, verkaufen wir keine Bettfedern und Bettinletts, die nicht die Qualitätsprüfung voll und ganz bestanden haben. (4121g

Wollen Sie höchsten Wert für Ihr Geld,

dann kaufen Sie immer bei

Gerhard Pottmeyer, Gasthausplatz

Altestes Bettengeschäft am Platze, gegr. 1841. Moderne Bettfedernreinigung mit Federator. Beachten Sie unseren Ausstellungsraum am Gasthausplatz

Statt Karten

Die glückliche Geburt eines gesunden (74728

Töchterchens

zeigen hocherfreut an

Gewerberat Thärnau und Frau
Elisabeth geb. Schilling.

Bocholt i. W., Ritterstr. 5
z. Zt. St. Agnes-Hospital.

---

†

Das Sechswochen-Seelenamt

für meine liebe Frau und unsere gute Mutter, die

Ehefrau Heinrich Schmeink

Anna geb. Spandern

findet statt am Dienstag 8¼ Uhr in der St. Josefskirche, wozu frdl. eingeladen wird. **Familie Heinr. Schmeink.**

Betr. Steuerzahlung bei der Stadthauptkasse Bocholt.

Die Steuerpflichtigen werden nochmals an die Zahlung der im Monat Oktober fälligen Abgaben erinnert. (7478

Für alle nach dem Fälligkeitstermin gezahlten Beträge wird ein Verzugszuschlag von 1 Prozent für jeden angefangen halben Monat erhoben.

Es sind zu zahlen:
Staatliche Grundsteuer und Zuschlag,
Hauszinssteuer,
Gemeindegrundsteuer,
Kanalgebühren und Beiträge,
Müllabfuhrgebühren,
Hundesteuer,
Lohnsummensteuer,
Gymnasialschulgeld,
Bürgersteuer,
Kirchensteuer.

Bocholt, den 15. Oktober 1932.

Die Stadthauptkasse.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund der §§ 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. 6. 1909 (R. G. Bl. S. 519) folgendes bestimmt:

§ 1.

Die Sperre, welche angeordnet war über die in der Winkelhauser Heide gelegene Weide des Landwirts August Gießing in Altrhede, wird aufgehoben. Das aus Anlaß dieses Seuchenfalles abgegrenzte Gebiet bleibt bis auf weiteres bestehen.

§ 2.

Vorstehende Anordnung tritt am 15. Oktober 1932 in Kraft.

Borken, den 12. Oktober 1932. (7435

Der Landrat.

Evangelische Kirchensteuer.

Die zweite Rate der evangelischen Kirchensteuer ist fällig. (7479

Zahltage sind vom 18. bis 20. Oktober, vormittags von 9—12 Uhr, beim Rendanten, Hemdener Straße Nr. 4.

Nach diesem Termin erfolgt die Einziehung der fälligen Raten durch die Stadtkasse.

Bocholt, den 15. Oktober 1932.

Cordes, Rendant.

Zentralmolkerei Bocholt.

Bilanz am 31. Dezember 1931.

Vermögen:

1. Kassenbestand	7 485.92
2. Bankguthaben	20 140.—
3. Ausstehende Forderungen	27 512.62
4. Vorräte	2 432.50
5. Beteiligungen b. and. Genossenschaften	3 122.56
6. Grundstück und Gebäude	98 512.—
7. Maschinen und Geräte	90 946.—
	250 151.60

Schulden:

1. Geschäftsguthaben der Genossen	3 630.—
2. Reservefonds	4 676.91
3. Betriebsrücklage	8 212.35
4. Kautionsschuld	6 300.—
5. Anleiheschuld	138 980.96
6. Laufende Schulden	87 905.92
7. Restforderung der Genossen	445.46
	250 151.60

Mitgliederzahl Ende 1930	488
Zugang bis 31. 12. 31.	49
	537
Abgang bis 31. 12. 31 durch Tod	137
Durch Verlegung des Wohnsitzes	2
	139
Bestand am 31. 12. 31	398

Der Vorstand:
Honsel, Tenbrink, Dörpes, Kleinpaß, Bowenkerk, Ostendorp, von Mulert.

Der Aufsichtsrat:
Wittag, Kruse, Tepohe Sondermann, 7421) Wiesmann, Wissing.

Zur Kirmes

1 Spiel, 1 Bilderbuch, Beschäftigungsbogen u Bücher in reicher Auswahl bei

Temming & Heilborn,

Nordstraße 27. 7438e

Aerztlicher Sonntagsdienst

Sonntag, den 16. Oktober:

Dr. van Laak — Dr. Münch

Sonntagsdienst

der Freiw. Sanitätskolonne vom Roten Kreuz

Sonntag, den 16 Okt. 1932:

Willing Wilhelm, Nordstr. 15
Küsters Wilhelm, Hochfeld 75

Habe mich in Bocholt, Ecke Ostwall-Weberstraße als

Augenarzt

niedergelassen. 74818

Sprechstunden: Werktags von 10—1 Uhr, „ 3—5 „
Samstags „ 10—12 „

Dr. Decking jr.

Beginn: Mittwoch, 19. 10. Fernruf 2526.



Weine vom Faß!

Apfelwein	Ltr. -.45
Bowlenwein	„ -.80
Wermutwein	„ -.75
„ hochprozentig	„ -.90
Johannisbeerwein	„ 1.-
Tarragona	„ 1.-
Kirschwein	„ 1.20
Samos	„ 1.25
Malaga	„ 1.25

Nur erste abgelagerte Qualitäten zu niedrigsten Preisen. (7486)

Drogerie Feldmann

Neustraße 13 Ruf 2241

Eine gutgebügelte

Wäsche

liefert Ihnen der

Heißmangelbetrieb van der Linde

Königstraße 20
Ruf 2421.

Annahmestelle in Dingden bei **Aug. Bengesorth.**

(7433h

Haben Sie offene Füße?

Schmerzen? Jucken? Stechen? Brennen? Dann brauchen Sie die tausendfach bewährte

Universalheilsalbe „Gentarin"

Wirkung überraschend. Preise herabgesetzt!

Erh. in den Apotheken, bestimmt: Arena' Marien-Apotheke in Bocholt. [A100e

---

Geschickte Werber

für den Verkauf von Margarine an Private gegen gute Bezahlung sofort gesucht.

Angebote unter Nr. A 939 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.



Das Verkaufs-Ereignis im Oktober.

Damen-Mäntel

so billig, daß Sie kaufen können —
so schön, daß Sie begeistert sind,
so gut, daß Sie wiederkommen!

Vier besondere Schlager aus unserer unübersehbar reichhaltigen Auswahl:

Jugendl. Mantel
aus modernem Marengo-Diagonal mit mit großem Seal-Electric-Kragen
Propagandapreis **15.-**

Elegant. Mantel
aus prima Marengo-Hammerschlag mit großem Persianer-Kragen
Propagandapreis **35.-**

Fescher Mantel
aus reinwollenen Marengo-Crewl mod. Krawattenkragen (Halb-Persian.)
Propagandapreis **25.-**

Vornehm. Mantel
aus prima Velour-Diagonal mit grossem Silberfuchs-Opossum
Propagandapreis **45.-**

Moderne **Pelze**
außerordentlich billig

Damenkragen
Kolumbia-Kanin, mod. Bubform
3.95

Damenkragen
Bieber-Lamm. volle große Form
5.50

Kinderkragen
Mouflonettestreifen, weiß und farbig
1.10

Kinderkragen
aus gutem Plüsch, mod. Bubiform
1.45

Baby-Mantel
aus imit Lammfell und Eisfell-Stoffen.

Kinder-Mäntel für Mädchen und Knaben in allen Größen und riesiger Auswahl zu extra billigen Propagandapreisen.

Heute geöffnet 11 - 1 2 - 6

S. B. LÖWENSTEIN

Saalbau des Hotel Jansen
DINXPERLO

Montag, 17. u Dienstag, 18. Okt., abds. 8 Uhr, große Vorführungen des weltberühmten Tonfilms

„BEN HUR"

Ein überwältigendes Meisterwerk von dem bekannten Regisseur Fred Niblo nach dem vielgelesenen Roman von Lew Wallace. Niemals ist der Tonfilm BEN HUR in seiner Art wie er gegeben wird übertroffen worden. Infolge des Wunders der modernen Tonfilmtechnik hat dieser Film unsäglich an Wert zugenommen.

Wir sehen nicht nur allein die mehr als 10 000 mitwirkenden Mitspieler, die enormen Paläste und Burgen, die mächtige Arena und die kämpfende Flotte.

Wir hören auch das Gejauchze und Entsetzen der untröstlichen und begeisterten Volksmenge in der römischen Arena während unvergeßlichen Wagenrennens, das Knirschen der Riemen und das Rauschen des Meeres usw. usw.

„BEN HUR" der Film für alle Zeiten für Jedermann.

Wir raten dringend sich rechtzeitig einen Platz zu sichern. Anfang der Vorstellung jeden Abend 8 Uhr. Saalöffnung 7½ Uhr. Preise der Plätze: 1. Rang hfl. 1.—, 2. Rang hfl. 0.75, 3. Rang hfl. 0,50. Vorverkauf und Bestellung reservierter Plätze im Hotel Jansen.

7488) DIE DIREKTION.

Achtung! **Achtung!**

Einladung!

Alle Funkfreunde und diejenigen, die sich einen Radioapparat anschaffen wollen, lade ich zu einem zwanglosen und lehrreichen Besuch meiner diesjährigen Ausstellung moderner Rundfunkanlagen ein.

Die Austellung findet in meinen Geschäftsräumen statt und dauert von **Samstag, den 15. bis Donnerstag, den 20. Oktober.**

RADIO-GERTEN

Inhaber: B. Lütkebohmert, Ingenieur.

Das führende Spezial-Fachgeschäft am Platze!

(7441g

Wermutwein Ltr. nur -.75

ein Qualitätswein für Gesunde und Kranke (74856
Vollsüß, wohlschmeckend und Apetit anregend.

Drogerie Feldmann

Neustraße Ruf 2241.



Schuhhaus Leiting

Größtes Schuhhaus am Platze.

Gegründet 1886. Osterstraße 45-47

Alle Auskünfte

über Veröffentlichungen der Presse

aus den einschlägigen Gebieten, wie Internationale Politik Politik des Deutschen Reiches, der Länder u. Gemeinden, Parteipolitik, Rechtspflege, Kulturpolitik, Frauenbewegung, Handel Industrie Handwerk und Gewerbe, Bodenpolitik, Finanzwesen, Verkehrswesen Zollwesen, Sozialpolitik, Versicherungswesen usw. erteilt das

Zentral-Archiv für Politik u. Wirtschaft

München, Ludwigstr. 17a

Telefon 33 430 (5601

Husten

Verschleimung Heiserkeit. Asthma

In 2 Tagen

wochenlanger Husten verschwunden. — Das Beste, was ich in meinen 62 J. gefunden. — Ein Versagen niemals festgestellt. Dr. Rühe. — 78 Jahre alt, in einigen Tagen von Husten und Verschleimung befreit. — Nehmen auch Sie gegen Husten, Verschleimung Asthma nur Husta-Glycin Fl. 1.65 M Probefl. .95 Pfg. Hustebone Dose .75 Pfg.

Erhältlich

Drogerie Feldmann

Neustraße 13

Technikum

Lemgo i. Lippe

Maschinenbau
Elektrotechnik, Flugbau
Hochbau, Bauingenieure

Prima Siegerländer

Saatweizen

1 Absaat

Pflanzkartoffeln

1. Absaat, frühe Zwickauer, Edeltraut sowie späte Industrie in bekannter Güte.

Borkes, Loikum

Eine (1460h

Pferdekarre

zu verkaufen.

Wagenbauerei **Robert**

Die

Geschäftsräume

Osterstr. 58, langjähr. von Herrn Zahnarzt Dr. Hugo Tüffers benutzt sind zu verm.

Näheres Daselbst oder Dietrichstr 5

●Schriftl. Heimarbeit●
Verlag Vitalis
München 13.

Dame sucht zum 1. Nov. möbliertes

Zimmer

in besserem Hause. Bad, elektr. Licht.

Zuschriften erbeten an **H. Dieckmann,** Gelsenkirchen, Paulstr 3

Kath., fleiß. Mädchen mehrere Jahre in besseren Häusern tätig, sucht passende

Stellung (1461

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Die unwahren Behauptungen d. wir über den Stadtförster Elsemann verbreitet haben, nehmen wir hiermit mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

J. W., H. M., H. K.

---

3 Zimmerwohnung

zum 15 Nov. oder 1. Dez. gesucht. Miete kann für ¼ Jahr im voraus bezahlt werden

Offerten erbeten unter Nr. 1459 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

DRUCK SACHEN



für den täglichen Bedarf schnell u. preiswert durch

J. & A. Temming,
BOCHOLT. Realschulstraße 14
Telephon Nr. 3064